

Bericht

Die vergangenen sieben Monate seit der letzten Zentralkonferenz waren ab Oktober/November wieder vom Homeoffice geprägt, wie im Winter zuvor, aber dennoch lief die Kommunikation gut. Besser als vor Corona-Zeiten ist auch die Situation für Besprechungen mit auswärtigen Editoren, mit denen man nun einfach per Zoom die Probleme besprechen kann.

Gute Resonanz hatten wiederum unsere digitalen Vorträge zur Geschichte der MGH sowie die digitale Ausstellung mit Kurzfilm zu den jüdischen Mitarbeitern der MGH; inzwischen wechseln wir ab zwischen Werkstattberichten zu Editionsprojekten und Vorträgen zur Institutsgeschichte.

Am Beginn der Jahressitzung 2022 stand die Verabschiedung der neuen Satzung der MGH, an der seit 2019 gearbeitet worden war; sie erfolgte einstimmig. Wesentliche Punkte der am 25. März 2022 dann vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst genehmigten Satzung sind folgende: die vier Mitarbeitervertreter in der Zentralkonferenz (zwei aus dem Münchner Institut, zwei der verschiedenen Akademie-Arbeitsstellen) haben nun volles Stimmrecht; die Höchstgrenze der Zentralkonferenzmitglieder wurde von 15 auf 25 erhöht und gleichzeitig die Mitgliedschaft begrenzt auf die Vollendung des 75. Lebensjahres, wobei ein Bestandsschutz für die persönlich gewählten Mitglieder, die am 1. Januar 2022 das 67. Lebensjahr vollendet haben, gilt.

Die Zuwahl von insgesamt vier neuen Mitgliedern der Zentralkonferenz soll auf einer Sondersitzung in Präsenz am 7. Oktober 2022 erfolgen; ein weiteres Thema ist außerdem, das Wahlverfahren für die nächste Präsidentschaft in Gang zu setzen.

Der Haushalt und die Stiftungen

Der Haushalt und die Stiftungen werden weiterhin verwaltet von Prof. Stefan PETERSEN und Frau Eva TWIEHAUS. Die Zuwendung des Freistaats Bayern für das Jahr 2021 belief sich auf 1.823.000,00 €. Infolge des Ausscheidens von Sarah Ewerling zum 31. Oktober und den zu erbringenden Einsparungen von zwei Monaten wurde die Zuweisung für 2021 nachträglich um 8.125,00 € gekürzt. Zuzüglich der ins Haushaltsjahr 2021 übertragenen Restmittel aus 2020 in Höhe